

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes sein
□ □ □ Als dienendes Glied schließe Dich an

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg =

Nr. 41.

Charlottenburg, Freitag, 8. Okt. 1920

das Vierteljahr 6 Mark

Jahrg. 47.

Ein neuer Tarif.

Am 20. September und die folgenden Tage haben in Dresden Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie einerseits, sowie unserem Verband, dem christlichen Keramarbeiterverband, dem S.-D. Gewerbeverein, sowie den Verbänden, die Angehörige in der feinkeramischen Industrie beschäftigen haben, andererseits. Von unserem Verband nahmen an den Verhandlungen teil: vom Vorstand die Kollegen Wollmann, Herden, Karl und Schneider, die Gauleiter Hoffmann (Fl.-L.-L.), Bredow (Marktreidw.), Jahn (Wonn), sowie der Geschäftsführer der Zahlstelle Dresden, Uhlmann. Gauleiter Hirsch war wegen Krankheit in der Familie am Erscheinen verhindert.

Delegierte aus den Zahlstellen waren erschienen: H. Juffa (Koburg), E. Brandt (Wonn), A. Brand (Koburg), F. Harkisch (Koburg), A. Erdmann (Gräfenh.), G. Reinhardt (Koburg), Hermann (Marktreidw.), O. Kretschmann (Schmiedeberg), H. Freina (Selb), A. Giller (Waldenburg), A. Prem (Weiden) und Schwab (Zell a. Harmsbach).

Vom Arbeitgeberverband war ein Entwurf für den neu abzuschließenden Tarifvertrag vorgelegt worden, der in vielen Punkten Abweichungen von den bisherigen Vertragsbestimmungen enthielt.

In den Verhandlungen, die die Arbeitnehmerverbände voran unter sich stattfinden ließen, war übereinstimmend beschlossen worden, eine Lohnforderung zu stellen, und zwar für alle sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche von 40 Proz., für Facharbeiter und Facharbeiterinnen von 35 Proz.

In Übereinstimmung mit den Arbeitgebern war beschlossen worden, zur Bewältigung der weitläufigen Materie vier Kommissionen paritätisch zusammenzusetzen, in denen versucht werden sollte, eine Basis zu finden, auf der ein neuer Vertrag abgeschlossen werden konnte.

Die Kommission 1 hatte die Lohnfrage zu behandeln, Kommission 2 die Ortsklasseneinteilung, Kommission 3 denjenigen Teil des Manteltarifs, der die Betriebsfragen enthält, die Kommission 4 die übrigen Fragen des Manteltarifs.

Es kann gesagt werden, daß in allen Kommissionen fleißig gearbeitet worden ist, um das gemeinsame Ziel zustande zu bringen. Obwohl überflüssig, sei doch ausdrücklich bemerkt, daß das letzte Wort über Annahme oder Ablehnung der einzelnen Dispositionen nicht bei den Kommissionen, sondern bei der Gesamtabstimmung auf beiden Seiten lag. Es würde zu weit führen, wenn wir auf Einzelheiten eingehen, welche Bestimmungen im vorgelegten Entwurf geändert, ganz gestrichen oder durch andere, von unserer Seite angeregte ersetzt wurden. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Lohnabkommens, das bis zum 1. Dezember d. J. Gültigkeit hat. Den Manteltarif werden wir in nächster Nummer der „Ameise“ veröffentlichen.

Auf einen Umstand wollen wir aber noch besonders aufmerksam machen. Es ist besonders vereinbart worden, daß alle Ansprüche aus dem alten Vertrag, der am 30. September d. J. abgelaufen ist, als erloschen gelten, wenn diese nicht bis spätestens am 29. Oktober geltend gemacht werden. Sollten Mitglieder unseres Verbandes meinen, noch Ansprüche an den Arbeitgeber haben auf Grund des alten Vertrages, dann sind diese sofort beim Arbeitgeber anzumelden und zu begründen, spätestens bis zum 29. Oktober.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie

einerseits

dem Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands,
dem Berufsverband deutscher Keramarbeiter, vereint im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin,

dem Verband der deutschen Gewerbevereine (S.-D.),
dem Deutschen Metallarbeiterverband,
dem Zentralverband der Maschinisten und Feizer und
dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands

andererseits

wird zwecks einheitlicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachstehender Lohnvertrag abgeschlossen:

Vom 1. Oktober 1920 ab gelten folgende Mindestlohnsätze und Alfordbasen, sowie Lohnzuschläge:

a) Mindestlohnsätze und Alfordbasen.

Facharbeiter.

	Gr.-Berlin	Klasse I	Klasse IIa	Klasse IIb	Klasse III
Im 1. Jahre nach beendeter Lehre.	3,11	2,59	2,17	1,96	1,81
bis 20 Jahre . .	3,72	3,10	2,70	2,50	2,30
20—24 „ . .	4,21	3,51	3,10	2,90	2,70
über 24 „ . .	4,54	3,78	3,35	3,13	2,92
Alfordbasis . . .	5,68	4,75	4,19	3,91	3,65

Sonstige Arbeiter.

16—18 Jahre . .	2,98	2,48	2,10	1,95	1,80
18—20 „ . .	3,34	2,78	2,40	2,25	2,10
20—24 „ . .	3,70	3,08	2,70	2,55	2,33
über 24 „ . .	4,03	3,36	3,—	2,75	2,52
Alfordbasis . . .	5,04	4,20	3,75	3,45	3,15

Facharbeiterinnen.

16—18 Jahre . .	2,45	2,04	1,70	1,62	1,53
18—20 „ . .	2,86	2,38	2,04	1,96	1,87
über 20 „ . .	3,26	2,72	2,38	2,31	2,18
Alfordbasis . . .	4,08	3,40	2,98	2,89	2,73

Sonstige Arbeiterinnen.

16—18 Jahre . .	2,22	1,85	1,48	1,39	1,30
18—20 „ . .	2,66	2,22	1,85	1,76	1,67
über 20 „ . .	3,01	2,52	2,22	2,07	1,92
Alfordbasis . . .	3,78	3,15	2,79	2,59	2,40

Für die Betriebe in den Orten Bonn, Köln, Duisdorf, Flörsheim, Grünstadt, Rheinbach, Wesel werden im Hinblick auf die durch die Besehung hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhältnisse Mindestlöhne und Alfordbasen gezahlt, die um 20 Proz. über den allgemeinen Sätzen der betreffenden Ortsklassen liegen. Die betreffenden Ortsklassen sind folgende: Bonn I, Duisdorf I, Flörsheim IIa, Grünstadt IIb, Rheinbach IIa, Wesel I.

Die bisherigen prozentualen Lohnzuschläge auf die Effektivverdienste
für alle Facharbeiter 10 Proz.
für sonstige Arbeiter, soweit sie in Alford arbeiten . . . 10
für sonstige Arbeiter, soweit sie in Zeitlohn arbeiten . . . 15
für Facharbeiterinnen und Arbeiterinnen 10

erhöhen sich ab 1. Oktober 1920 für Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre folgendermaßen: a) in der Luxusporzellanindustrie gleichmäßig um 5 Proz., in Groß-Berlin für Arbeiter und Arbeiterinnen ohne eigenen Hausstand um 5 Proz., für Arbeiter und Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand um 10 Proz.; b) in allen übrigen Porzellan- und Steingutfabriken für Arbeiterinnen ohne eigenen Hausstand um 5 Proz., für Arbeiter ohne eigenen Hausstand um 10 Proz., für Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand um 10 Proz., für Arbeiter mit eigenem Hausstand um 15 Proz.

Zu a: Unter Luxusporzellanfabriken sind solche Fabriken zu verstehen, die ausschließlich Luxusporzellan, mit Einschluß der sogenannten Thüringer Artikel (vergl. die Liste I und II unter römisch D zu § 38 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz), ferner Türlinbecher und kleine Mokkafasseln herstellen. Die Abgrenzung ist demnach dieselbe, wie die derzeitige Abgrenzung der Zuständigkeit des Verbandes deutscher Luxusporzellanfabriken von den beiden anderen Porzellanfachverbänden. Gemischte Fabriken, die außer Luxusporzellan mit Einschluß der Thüringer Artikel, der Türlinbecher und der kleinen Mokkafasseln auch noch Geschirrporzellan oder elektrotechnisches Porzellan herstellen, gelten nicht als Luxusporzellanfabriken im vorstehenden Sinne. Die Unterscheidung zwischen reinen und gemischten Luxusporzellanfabriken bemißt sich nicht nach Firmen, sondern nach Betrieben.

Zu b: Als Arbeiter mit eigenem Hausstand gelten alle Männer, die verheiratet bzw. verwitwet sind oder einen selbständigen Haushalt führen. Ferner alle Arbeiterinnen, die entweder einen selbständigen Haushalt führen oder anderen Personen gegenüber unterhaltspflichtig sind. Eine verheiratete Arbeiterin, deren Ehemann erwerbstätig ist, führt keinen eigenen Haushalt.

Zu a und b: Verantwortliche Brenner, die im Zeitlohn nach der Affordbasis für sonstige Arbeiter entlohnt werden, sowie ständige Affordarbeiter, die vorübergehend in Zeitlohn beschäftigt werden und tarifmäßig ihren Durchschnittsaffordverdienst beziehen, erhalten den Lohnzuschlag, der den sonstigen Arbeitern im Affordlohn zusteht.

Das vorstehende Abkommen kann mit zweimonatiger Kündigung zum Letzten eines Monats gekündigt werden, erstmalig zum 31. Dezember 1920. Die Kündigung muß durch eingeschriebenen Brief bei dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie bzw. dem Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands und dem Berufsverband deutscher Keramarbeiter eingereicht werden.

Besondere Anmerkung: Die neu vereinbarten Zuschläge sind nicht gesondert auf die jetzigen Effektivverdienste zuzurechnen, sondern mit den ab 1. Juni geltenden Zuschlägen von 10 bzw. 15 Proz. zusammenzulegen. Es erhalten demnach ab 1. Oktober auf die nach dem Lohnabkommen vom 22./23. März 1920 erzielten Verdienste in der Luxusporzellanindustrie:

alle Arbeiterinnen unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
sonstige Arbeiter unter 18 Jahren, soweit sie in Zeitlohn arbeiten, 15 Proz. (wie bisher),

alle übrigen Arbeiter unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),

alle Arbeiterinnen über 18 Jahre 15 Proz.,

alle sonstigen Arbeiter über 18 Jahre, die in Zeitlohn arbeiten, 20 Proz.,

verantwortliche Brenner, die den 25prozentigen Zuschlag erhalten, 15 Proz.,

alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre 15 Proz.

In Groß-Berlin:

alle Arbeiterinnen unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
sonstige Arbeiter unter 18 Jahren, die in Zeitlohn arbeiten, 15 Proz. (wie bisher),

alle übrigen Arbeiter unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
Arbeiterinnen über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 15 Proz.,
Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand 20 Proz.,

sonstige Arbeiter über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand, die in Zeitlohn arbeiten, 20 Proz.,

sonstige Arbeiter über 18 Jahre mit eigenem Hausstand, die in Zeitlohn arbeiten, 25 Proz.,

verantwortliche Brenner ohne eigenen Hausstand 15 Proz.,

verantwortliche Brenner mit eigenem Hausstand 20 Proz.,

alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 15 Proz.,

und alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre mit eigenem Hausstand 20 Proz.

In allen übrigen Porzellan- und Steingutfabriken:

Arbeiterinnen unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),

sonstige Arbeiter unter 18 Jahren, soweit sie in Zeitlohn arbeiten, 15 Proz. (wie bisher),

alle anderen Arbeiter unter 18 Jahren 10 Proz. (wie bisher),
Arbeiterinnen über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 15 Proz.,
Arbeiterinnen über 18 Jahre mit eigenem Hausstand 20 Proz.,
sonstige Arbeiter über 18 Jahre, die in Zeitlohn arbeiten, mit eigenem Hausstand 25 Proz.,
sonstige Arbeiter über 18 Jahre, die in Zeitlohn arbeiten, mit eigenem Hausstand 30 Proz.,
verantwortliche Brenner ohne eigenen Hausstand 20 Proz.,
verantwortliche Brenner mit eigenem Hausstand 25 Proz.,
alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre ohne eigenen Hausstand 20 Proz.,
und alle übrigen Arbeiter über 18 Jahre mit eigenem Hausstand 25 Proz.

Zu „Haltet den Verband hoch!“

Der Artikel „Haltet den Verband hoch!“ in Nr. 39 der „Ameise“ drückt mir wieder einmal die Feder in die Hand.

Unwillkürlich erinnert mich der Artikel an längst vergangene Zeiten. Ich meine jene Zeit, als die „Porzelliner“ noch im S.-O. Gewerbeverein organisiert waren. Damals sträubte sich die Gewervereinsleitung auch gegen das Einbringen des „sozialdemokratischen Giftes“ in ihre Organisationen. Damals war es auch nicht anderes als ein „politischer Richtungsstreit“. Und was hat alles Sträuben genützt? Die neue Richtung, die sozialdemokratische, setzte sich durch trotzdem!

Damals mußte der Gewerbeverein sich verteidigen und kämpfen gegen den Ansturm von links. Heute geht es der Sozialdemokratie so, daß sie sich gegen noch weiter links ihrer Haut wehren muß. Und was wird es ihr nützen? Genau so wie oben wird es auch hier gehen.

Wenn es eingangs des Artikels heißt: „Im allgemeinen können wir Arbeiter in der feinkeramischen Industrie noch nicht darüber klagen, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der beruflichen Organisation gefährdet wäre,“ so erscheint mir dies nicht sehr schmeichelhaft für die Mitglieder. Allerdings, Himmelstürme sind die „Porzelliner“ noch nie gewesen, aber sie haben sich doch jederzeit einer neuzeitigen Idee bald angeschlossen.

Daß diejenigen, welche eine neue Bewegung zuerst propagieren, verunglimpft werden als „radikale Geißsporne“, „Quectreiber“ usw., ist nichts Neues; das ist den ersten Sozialdemokraten nicht besser ergangen und ist auch jetzt nicht anders zu erwarten. „In manchen anderen Berufen sieht es in dieser Beziehung ungünstiger aus,“ heißt es weiter. Ja freilich, es ist eben in manchen anderen Berufen ein anderes Marschtempo als bei uns. Die Porzelliner sind ja ein so gemütliches und geduldiges Völkchen, daß der Radikalismus nicht so leicht zu befürchten ist.

Daß die Zerrissenheit der politischen Arbeiterbewegung uns schon viel geschadet hat, wer wollte das bestreiten? Es ist aber dauerhaft, gewiß! Aber beklagen dürfen wir es nicht, und zwar deshalb nicht, weil diese Zerrissenheit ein ganz naturnotwendiger Entwicklungsengang ist. Wir befinden uns eben jetzt erst in der Gärung, die jedem Klärungsprozeß unweigerlich vorangehen muß. Innerhalb dieses Gärungsprozesses bleibt es nicht aus, daß auch unliebsame Blasen (Betriebsorganisationen) aufsteigen, die abgeworfen werden und gewöhnlich bald platzen.

Das bolschewistische Schreckgespenst erscheint mir gar nicht so fürchterlich. Gewiß ist in Rußland noch bei weitem nicht alles so, wie es sein müßte, und es sind auch Fehler gemacht worden. Aber haben wir denn in Deutschland so ideale Zustände, daß nicht zu kritisieren wäre?

Vor allen Dingen ist Rußland dasjenige Land, welches die Revolution am weitesten vorgetrieben hat. Es hat den Kapitalismus und Feudalismus gestürzt und darum gebührt Rußland unbestreitbar die Führerrolle im revolutionären Kampfe.

Warum stürzen sich denn die kapitalistischen Westmächte (Deutschland in heuchlerischer Neutralität nicht ausgenommen) wie eine wütende Jagdmeute auf ein hilfloses Reh? Bei diesen kapitalistischen Staaten in Rußland ihren Todfeind, die internationale Arbeiterschaft, erkennt und vernichten will. Schaffe er jeder nach seinen Kräften, daß Rußland endlich Ruhe bekommt von seinen unliegenden Feinden, damit es endlich daran gehen kann im friedlichen Aufbau zu zeigen, wofür es die Revolution gemacht hat.

Die III. Internationale, die durch den Gang der Ereignisse ihren Sitz in Moskau hat und welche konsequent auf revolutionärem Boden steht, muß natürlich darüber wachen, daß nicht durch die Aufnahme unsicherer Kantönisten ihr Werk auf eine schlechte Ebene gerät, und daher müssen auch die Aufnahmebedingungen ganz präzise sein.

Wenn es früher geheissen hat: „Der Liberalismus ist die Vorfrucht des Sozialismus, so sage ich jetzt: Der Sozialismus ist die Vorfrucht des Kommunismus.“ Paul Fiebig.

Anmerkung des Schriftleiters. Daß es Mitglieder geben könnte, die sich gegen die Tendenz des Spitzartikels in Nr. 39 der „Ameise“ wenden würden, habe ich allerdings für ausgeschlossen gehalten. Daß in einem Zeitpunkt, in dem das Unternehmertum in Deutschland einheitlich und geschlossen organisiert der gesamten Lohnarbeiterschaft gegenübersteht, der mörderische Bruderkampf in den Reihen der Arbeiterschaft, die Zerrissenheit der Bewegung wohl „zu bedauern“, aber „nicht zu beklagen“ sein soll, das ist eine Entdeckung, die dem Kollegen Fiebig vorbehalten blieb. Das kann wohl auch nur für diejenigen zutreffen, die Zeit ihres Lebens nicht aus dem Gärungs- und Klärungsprozeß herauskommen.

Auf einige Punkte der Fiebigschen Behauptungen will ich kurz eingehen. F. sagt, daß es sich bei der Lösung unseres Verbandes vom F.-D. Gewerbeverein auch um nichts anderes als um einen „politischen Richtungsstreit“ gehandelt habe. Das ist harter Unsinn. Um ganz grundverschiedene wirtschaftliche Auffassungen handelte es sich dabei. Das zu verfolgende Ziel war auf beiden Seiten ein anderes, man kann sagen, entgegengesetztes, während doch heute den verschiedenen Richtungen als gemeinsames Ziel der Sozialismus vorschwebt. Der Unterschied scheint mir nur darin zu bestehen, daß die einen vermaßen, über alle Entwicklungstendenzen sich hinwegsetzen und das Ziel sofort erreichen zu können, während die anderen der Auffassung sind, der geschichtliche Entwicklungsprozeß müsse erst beendet sein, ehe das Neue an die Stelle des Alten treten kann. Nicht im Ziel, sondern über die Wege, die zum Ziele führen, gehen die Auffassungen heute auseinander. Oder will der Kollege Fiebig etwa behaupten, daß die F.-D. Gewerbevereine ebenfalls die sozialistische Gesellschaft, die sozialistische Produktionsform erstreben und wir nur über die Richtung, die zu diesem Ziele führt, mit ihnen nicht übereinstimmen? Nachdem F. sich den spießerlichen Satz, daß der Liberalismus die Vorfrucht des Sozialismus sei, zu eigen macht, könnte man auch das erstere annehmen. Ueber die Weissagung des Kollegen F., betreffend den Ausgang des heute tobenden Richtungsstreits, kann ich allerdings nicht mitreden, weil mir die Prophetengabe versagt blieb.

Die Konstatierung der Tatsache, daß im allgemeinen wir noch nicht darüber klagen können, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer beruflichen Organisation gefährdet wäre, hält der Kollege Fiebig für eine Tatsache, die „nicht sehr schmeichelhaft“ für die Arbeiter der feinkeramischen Industrie sein soll. Himmelsstürmer sollen die Porzelliner nie gewesen sein, doch haben sie sich auch nach Fiebig jederzeit einer neuzeitlichen Idee angeschlossen. Die Konstatierung dieser Tatsache finde ich, im Gegensatz zu F., besonders schmeichelhaft für unsere Kollegen. Wenn wir vorwärts kommen wollen, dürfen wir uns den Blick von den Realitäten nicht ablenken lassen, müssen wir den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen, um die bestehenden Schwierigkeiten erkennen und überwinden zu können. Himmelsstürmer können dabei nicht brauchen. Daß es den Kollegen Fiebig besonders merkt, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit in unserem Verband noch nicht gefährdet ist, ist bezeichnend für seine Gesamtauffassung. Deswegen beklagt er, daß das „gemütlliche“ und „geduldige“ Porzellinerbüschchen sehr nüchtern denkt und urteilt, sich die Leute erst genauer betrachtet, die ihm etwas vorzaubern wollen, daß der Bortradikalismus in unseren Reihen noch nicht dem Maße Eingang gefunden, als das anderwärts der Fall. Ob übrigens läßt sich doch auch darüber streiten, wer in Wirklichkeit „radikaler“ ist, ob diejenigen, die auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens tatkräftig arbeiten, alles zum Vorteil der Arbeiterschaft auszunützen suchen, oder diejenigen, die unglücklich belästernd in der Ecke stehen, mit starken Worten um sich werfen und alles herunterreißen, was andere geschaffen.

Soweit sich Kollege Fiebig als Kenner der russischen Verhältnisse und Protektor der Bolschewistenherrschaft in Rußland definiert, ließe sich sehr viel dazu sagen. Nachdem gerade in der letzten Zeit die Wahrheit über die Zustände in Rußland etwas bekannter geworden ist, dürfte es sich erübrigen, näher darauf einzugehen. In diesem Zusammenhange sei nur daran erinnert, daß ein Mitglied der russischen Gewerkschaftsdelegation, die kürzlich in Deutschland war, vielleicht noch ist, sich dahin ausgesprochen hat, daß es noch 3—4 Jahrzehnte dauern kann, ehe in Rußland die Zustände geschaffen werden können, die in Deutschland heute bestehen. Von letzteren sagt ja auch F., daß sie nicht als ideal gelten können. In Rußland scheint mir allerdings sehr viel Altes bestanden, aber nichts Neues, vor alten Dingen nichts Besseres an Stelle des Alten gesetzt worden zu sein. Daß in Rußland der Kapitalismus gestürzt sein soll, ist eine geradezu groteske Behauptung.

Was hat denn der Bolschewismus in Rußland fertiggebracht? In einem Lande, in dem 85 Proz. aller Bewohner Bauern sind, ist diesen Bauern Grund und Boden zugewiesen worden, der den Großgrundbesitzern abgenommen wurde. Das ist eine Verschiebung des Besitzes, eine Befestigung des Privateigentums, eine Verankerung des kapitalistischen Systems, aber kein Sturz des Kapitalismus. Gerade diese Maßnahme ist so unsozialistisch wie nur irgend möglich. Wenn der russische Bauer heute zur Sowjetregierung hält, dann bestimmt nicht deswegen, weil er überzeugter Bolschewist ist. Der russische Bauer befürchtet, und vielleicht nicht mit Unrecht, daß jede andere Regierung nach einem event. Sturz der Sowjetregierung ihm das Land wieder wegnehmen und den früheren Besitzern wieder zueignen könnte. Der russische Muschik ist aber, wie der Bauer überhaupt, Eigentumsfanatiker, klebt an seiner Scholle und will begreiflicherweise das, was er heute sein Eigentum nennt, nicht wieder verlieren. Wenn der russische Bauer mit der Sowjetregierung durch dick und dünn geht, dann wohl nicht deswegen, weil er wissenschaftlich so weit ausgerüstet ist, daß er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Bolschewismus eine höhere Form der Wirtschaft und Kultur sein soll, als der bisherige Zustand. Der russische Bauer, der Analphabet ist, also weder lesen noch schreiben kann, hat von Sozialismus und Bolschewismus nicht das geringste Verständnis.

Die Industrie in Rußland, der vor der Bolschewisten-Herrschaft etwa 15 Proz. der Gesamtbevölkerung angehörten, ist heute fast vollkommen vernichtet. Der Industriearbeiter steht heute unter dem härtesten Arbeitszwang; ein Mitbestimmungsrecht ist ihm nicht mehr zuerkannt. Der ihm zugemessene Lohn ist noch unzulänglicher, als dies bei uns heute der Fall. Weil sich der Arbeiter mit Waren aus dem Schleichhandel, der in dem Lande, in dem der Kapitalismus angeblich gestürzt sein soll, in noch höherer Blüte steht als bei uns, versorgt, kann sich der Industriearbeiter noch weniger versorgen als bei uns, weil sein Lohn dafür auch nicht im entferntesten ausreicht. Unter diesen Umständen leidet der russische Industriearbeiter die härteste Not.

Nach allem, was über die Verhältnisse in Rußland bekannt geworden, darf man annehmen, daß dort nicht der Kapitalismus, nicht der Militarismus, nicht die Ausbeutung, nicht eiserner Zwang, Willkür und Unfreiheit, nicht Not und Elend abgeschafft, sondern in weit höherem Maße als bei uns vorhanden ist.

Als begehrenswertes Ziel können mir die Verhältnisse, die unter der Bolschewistenherrschaft in Rußland Platz gegriffen haben, nicht vorschweben, weil ich sie zum größten Teil für unsozialistisch halte.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukehren, bleibe ich bei meiner Auffassung, die ich in dem Artikel in Nr. 39 der „Ameise“: „Haltet den Verband hoch“, ausgesprochen habe. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß es des Unglücks genug ist, daß die politische Arbeiterbewegung zerrissen und zerklüftet ist.

Nachdem versucht werden soll, auf Anweisung der Himmelsstürmer — um mit Fiebig zu reden — in Moskau, auch die Gewerkschaften zu zerreißen und zum Tummelplatz politischer Leidenschaften zu machen, werde ich immer wieder unseren Kollegen zurufen: Haltet euren Verband hoch, laßt euch nicht eure beste Waffe im wirtschaftlichen Befreiungskampfe abstumpfen oder gar zerbrechen.

Die amtlichen Teuerungszahlen.

Von Dr. R. Rucznyski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die soeben bekanntgegebene allgemeine deutsche Teuerungssatzstatistik hat eine schlechte Presse. Das ist sehr zu bedauern. Denn das Statistische Reichsamt, dessen wirtschaftliche Berichterstattung, und zwar nicht erst seit dem Kriege, sehr im argen lag, hat damit eine Statistik veröffentlicht, die den besten einschlägigen Untersuchungen des Auslandes ebenbürtig an die Seite treten kann. Da nun die amtlichen Teuerungszahlen trotz aller Anfeindungen zweifellos bei künftigen Tarifverträgen, Schiedssprüchen usw. eine große Rolle spielen werden, ist es notwendig, daß sich die Beteiligten — und hierzu rechnen nicht nur die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, sondern sämtliche Verbraucher — rechtzeitig über die Bedeutung der Teuerungszahlen und die Einwände, die gegen ihre Verwertbarkeit erhoben worden sind, klar werden.

Die Teuerungszahl für Berlin betrug im April 1920: 91338. Das heißt: der vom Statistischen Reichsamt angenommene vierwöchentliche Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtstoffen und Wohnraum kostete in Berlin im April 1920: 91338 M. Als „Bedarf“ wurden für jede Gruppe von Bedürfnissen verschiedene gleichwertige „Normalrationen“ angesetzt. Bei der Berechnung der Teuerungszahl wurde dann für die einzelne Gemeinde die jeweilig billigste Normal-

ration gewählt. Bei Brennstoffen gilt z. B. als Normalration: 3 Ztr. Steinkohlen oder 5 Ztr. Braunkohlen oder 4 Ztr. Braunkohlenbriketts oder 6 Ztr. Torf oder 5 Ztr. Brennholz oder 40 Kubikmeter Kochgas. Waren also in einer Gemeinde 4 Zentner Braunkohlenbriketts billiger als die übrigen hier angegebenen Brennstoffrationen, so wurde bei der Berechnung der Steuerungs- zahl für diese Gemeinde der Preis von 4 Zentnern Braunkohlenbriketts zugrunde gelegt. Ähnlich wurde für Leuchtstoffe und auch für Nahrungsmittel verfahren. So wurde die bei den großen örtlichen Verschiedenheiten von Angebot und Preislage gebotene Elastizität erreicht, ohne daß dadurch die dringend erwünschte interlokale Vergleichbarkeit der Steuerungs- zahlen gelitten hätte.

Gegen die Brauchbarkeit der Steuerungs- zahlen wird nun zunächst eingewendet, die zugrundegelegten Preise entsprächen nicht den Tatsachen. Die Mietpreise seien zu niedrig eingestellt, weil die Stadtverwaltungen bei ihren Angaben nicht berücksichtigt, daß in sehr vielen Fällen höhere Mieten gezahlt würden, als nach den Mieterverordnungen zulässig sei. Andererseits seien für Nahrungsmittel zu hohe Schleichhandelspreise eingesetzt, weil nur die in der betreffenden Stadt gezahlten Preise, nicht aber die Preise berücksichtigt würden, die von den Städtern auf dem Lande gezahlt werden. Darauf ist zu sagen: daß heute noch sehr viele Mieter mehr Miete zahlen, als sie verpflichtet sind, ist unwahrscheinlich; überdies würde selbst eine Fehlschätzung um 10 oder gar 20 M. monatlich für die Zweizimmerwohnung die Steuerungs- zahl nur wenig beeinflussen. Daß viele Städter billige Bezugsquellen auf dem Lande haben, ist richtig. Das darf aber nicht dazu führen, die Fragestellung zu verschieben. Und diese Fragestellung lautet und darf nur lauten: Was kostet die Ware in der betreffenden Stadt?

Ein weiterer Einwand betrifft die „Normalrationen“. Eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche (wie sie das Reichsamt durchweg zugrunde legt) sei für eine fünfköpfige Familie entschieden zu klein. Nun kann man sicherlich über die Angemessenheit der amtlichen Normalrationen verschiedener Meinung sein. Ich persönlich halte z. B. die Ration von Leuchtgas — 15 Kubikmeter — für viel zu niedrig und sehe bei meinen Berechnungen des Existenzminimums stets 24 Kubikmeter an. Auch gibt es glückliche Gemeinden, wie Hannover, in denen die meisten fünfköpfigen Familien mehr als zwei Zimmer und Küche bewohnen. Aber in Berlin z. B. ist es leider ganz üblich, daß solche Familien nur Stube und Küche haben. Wenn also auch nicht bestritten werden soll, daß die Normalrationen der amtlichen Statistik vielleicht im einzelnen verbesserungsbedürftig sind, so ist doch sehr fraglich, ob jetzt Änderungen, die ja den Vergleich mit den bisherigen Ergebnissen erschweren oder gar unmöglich machen würden, am Platze wären.

Drittens wird bemängelt, daß die Steuerungs- statistik Kleider, Wäsche, Schuhe u. a. nicht umfaßt. Das ist tatsächlich eine sehr empfindliche Lücke. Nun wird zwar von einem anderen Kritiker erwidert: „Wenn man die Lebenshaltung der Massen in Deutschland statistisch erfassen will, hat man mit der Tatsache zu rechnen, daß sie nichts für Bekleidungsgegenstände ausgeben, oder so gut wie nichts, weil sie es nicht können, und daß sie ihr Einkommen ganz und gar für Nahrung, Wohnung, Beheizung und Beleuchtung verbrauchen. Wird der dafür unbedingt erforderliche Aufwand erhoben, so kann man ihn als das unter den heutigen Verhältnissen gegebene Existenzminimum bezeichnen.“ Das ist aber eine ganz verfehlte Beweisführung. Zum Existenzminimum gehört die Ergänzung und Instandhaltung von Kleidern, Wäsche und Schuhen, auch wenn die Menschen, die damit noch halbwegs versehen sind, jetzt Neuanschaffungen und Reparaturen aufschieben. Es gehört dazu weiter der notwendige Aufwand für Seife, Küchengerätschaft, Scheuertücher, Streichhölzer, Straßenbahnfahrten, Schulbedarf, Gewerkschaftsbeiträge, soziale Versicherung, Steuern usw. Deshalb genügt es auch nicht, wenn das Statistische Reichsamt die Steuerungs- statistik nunmehr auf Bekleidungsgegenstände ausdehnen will. Nach meinen Berechnungen entfallen nach Einführung des Steuerabzugs z. B. in Groß-Berlin nur drei Viertel der Kosten des Existenz- minimums auf Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, ein volles Viertel aber auf alle sonstigen Ausgaben.

Ein vierter Vorwurf richtet sich gegen die verspätete Veröffentlichung der Steuerungs- zahlen, und dieser Vorwurf kann in der Tat nicht auf genug erhoben werden. Wenn die Ergebnisse für Dezember, Januar, März und April erst Ende August bekanntgegeben worden sind, so gibt es dafür keine triftige Entschuldigung. Die Gemeinden liefern den statistischen Landesämtern die erforderlichen Unterlagen stets schon wenige Tage nach Ablauf des Berichtesmonats, und selbst das Preussische Statistische Landesamt,

das bei der großen Zahl der ihm berichtenden Gemeinden mehr Arbeit zu leisten hat als alle übrigen Landesämter und Reichsamt zusammen genommen, hat seine Steuerungs- zahlen immer schon wenige Wochen nach Ablauf des Berichtesmonats veröffentlicht. Daß diese Zahlen dann aber monatelang lagern, sie vom Reich veröffentlicht werden, ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Steuerungs- statistik des Reichs ist also methodisch durchaus befriedigend. Die Steuerungs- zahlen ermöglichen Vergleich des notwendigen Aufwands der Minderbemittelten Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in sämtlichen deutschen Gemeinden über 10 000 Einwohner. Zu fordern ist, daß die Zahlen künftig auch alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben umfassen, und daß sie allmonatlich und ohne jede Zögerung veröffentlicht werden. Es ist richtig, wir werden dann noch nicht imstande sein, den „gerechten Lohn“ zu erheben. Aber wir werden doch diesem Ziele, von dem wir heute noch weit entfernt sind, wesentlich näherkommen können.

Betriebsräte, die sich von den Unternehmern entwickeln lassen.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ enthält in seiner Nr. 39 unter der Überschrift „Soziale Ausfuhrabgabe und Betriebsräte“ beachtenswerte Ausführungen von H. Knoll. Nach einem kurzen Überblick über die (leider nur zeitweilige) Besserung der deutschen Wirtschaftslage kennzeichnet der Verfasser das unsoziale Bestreben bei einem Teil des Unternehmertums, sich von der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe zu befreien und auf diese Weise den Arbeitsinvaliden (denen aus dem Grunde dieser Ausfuhrabgabe bekanntlich eine Aufbesserung ihrer Lage zugeordnet ist) die so bitter benötigte Erhöhung ihres kargen Einkommens vorzuenthalten. Man sollte es aber nicht für leicht halten, daß den Unternehmern bei diesen Bestrebungen einer Seite Hilfe kommt, an die man bisher noch nicht gedacht hat. Knoll schreibt darüber folgendes:

„In ihrem Kampfe gegen den Abgabentarif haben sich Gegner nun nach Bundesgenossen umgesehen und haben sie gefunden — in den Betriebsräten! Es ist für die Arbeiter sicher in der Ausfuhrabgabenkommission eine gewohnte Erscheinung geworden, fast in jeder Sitzung Vertreter der Betriebsräte der Kommission zur Beratung stehenden Industriezweige begrüßen zu hören, die in geradezu rührender Übereinstimmung mit den Unternehmervertretern belunden, daß, wenn die Ausfuhrabgabe nicht Null herabgesetzt wird, die vollständige Stilllegung des Industriezweiges unvermeidlich ist. In einer Sitzung einer Außenhandelsstelle, die in der Hauptsache im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihren Sitz hat, lag geradezu eine Flut von schriftlichen Gutachten der verschiedensten Betriebsräte vor, die übereinstimmend — aber wirklich ohne jede Ausnahme! — die Aufhebung der Ausfuhrabgabe forderten. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, welcher schweren Stand gegenüber solcher Beweisführung Gewerkschaftsvertreter im Abgabenausschuß haben, die sich befinden, daß solche „Gutachten“ zwar im guten Glauben abgegeben werden, daß sie doch aber keineswegs den Tatsachen auf den Grund gehen. Es wäre notwendig, solchen Arbeitervertretern jedesmal ein volkswirtschaftliches Privatissimum zu lesen. Wo sie sich schriftliche Gutachten beschränken, ist das nicht einmal möglich. Jedenfalls muß man doch sagen, daß sich in den Forderungen auf Beseitigung der sozialen Ausfuhrabgabe, soweit sie von den Arbeitern gestellt oder unterstützt werden, weitläufig in den meisten Fällen nichts anderes als ein rücksichtsloser Berufsegoismus ausdrückt. Wo bleibt da die Solidarität gegen die Ärmsten der Arbeiterklasse, die Arbeitsinvaliden, zu deren Gunsten die Erträgnisse der sozialen Abgabe doch verwandt werden sollen? Freilich verstehen es ja die Unternehmer fast in allen Fällen, Gespenst der Betriebsstörung und Arbeitslosigkeit an die Wand zu malen und damit ihrer Forderung auf Beseitigung der Ausfuhrabgabe ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Aber ehe die Vertreter der Arbeiterklasse in den Betrieben dafür einzustehen sollten, sie sich doch erst an anderer Stelle vergewissern, wie die Dinge wirklich liegen. Es ist den Betriebsräten kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht besser kennen; aber sie sollten sich dann wenigstens nicht dumm gebrauchen lassen, ihren Vertretern, die darüber besser unterrichtet sind, und die ihre Aufgabe darin erblicken, gegenüber dem Ansturm des unsozial denkenden Teils des Unternehmertums den sozialen Gedanken hochzuhalten, ihre Arbeit zu erschweren oder sie gar unmöglich zu machen. Denn wenn diesen von den eigenen Klassen- genossen immer und immer wieder entgegengehalten wird: „Wenn ihr die sozialen Abgaben nicht beseitigt, dann werden wir arbeitslos“

„so ist das wirklich nicht geeignet, die soziale Arbeit dieser Vertreter zu erleichtern. Sie setzen sich der Gefahr aus, wenn schließlich die befürchtete Arbeitslosigkeit — wenn auch aus ganz anderen Gründen — eintritt, dann tatsächlich dafür verantwortlich gemacht zu werden. Mit ihrem engherzigen Veruzsgeizismus können solche Betriebsräte also ihrer Sache gar nicht — wohl aber können sie den Ärmsten ihrer Klassengenossen die Hoffnung, endlich einmal in ihrer bitteren Not eine kleine Hilfe zu erlangen. Möglicherweise bekommen es manche Mitglieder solcher Betriebsräte hinterher sogar noch fertig, in den politischen Versammlungen ihrer Parteien scharfe Kritik daran zu üben, daß den Ärmsten der Armen diese Hoffnung geraubt worden ist — nach dem Grundsatze, daß die politische Linke nicht zu wissen braucht, was die betriebsrätliche Rechte tut . . .“

Silferuf für die Oberschlesier.

An den

Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Amsterdam.

Werte Genossen!

Auf dringende Silferufe aus Oberschlesien sehen wir uns veranlaßt, den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe anzusuchen.

In Oberschlesien, das durch seine reichen Rohstoffquellen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas von ausschlaggebender Bedeutung ist, herrscht der blutigste und gewaltigste Terror. In dem Lande, das bis zum Friedensvertrage von Versailles zum einen Nationalkampf kannte, wütet jetzt infolge der großpolnischen Heze ein Arbeitsbruderkampf. Viele deutschfühlende klassenbewusste Arbeiter, Einwohner Oberschlesiens, sind von fanatisierten polnischen Arbeitern erschlagen worden. Ihr ganzes Verbrechen war, daß sie sich als klassenbewusste Arbeiter an der nationalpolitischen und chauvinistischen Heze der polnischen Agitatoren nicht beteiligen wollten und beteiligen konnten. Frauen und Kinder unserer Gewerkschaftsmitglieder sind in ihren Wohnungen unmenschlich mißhandelt worden, ihre Habe ist vernichtet. Tausende arbeiter wurden aus dem Lande vertrieben. Viele Arbeiter, die arbeiten wollten, wurden mit Gewalt an der Arbeit gehindert. Eine Vereinbarung zwischen den Führern der deutschorientierten Bevölkerung und den Polen, die den unmenschlichen Gewalttaten der schwer bewaffneten polnischen Banden ein Ende machen sollte, wird von den Polen nicht gehalten. Der ausschlaggebende Teil der Besatzungsmächte sieht diesem Treiben tatenlos zu. Nichts ist bisher gegen die Räuber und Mörder unternommen. Das französische Militär sympathisiert mit den polnischen Aufwühlern. Die friedliche Bevölkerung kann nirgends Schutz finden. Es ist keine Stelle vorhanden, an die sie sich vertrauensvoll wenden konnte.

Die Bevölkerung will den Frieden und eine unbeeinflusste Entscheidung des oberschlesischen Volkes über sein Schicksal, wie der Vertrag von Versailles bestimmt.

Unter den gegenwärtigen von den Polen herbeigeführten und von Besatzungsbehörden geduldeten Zuständen ist eine unbeeinflusste Entscheidung unmöglich.

Die oberschlesische Bevölkerung wendet sich deshalb durch uns an den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe. Die internationale Solidarität der erwerbstätigen Klasse, aufgebaut auf Recht und Gerechtigkeit, ist jetzt noch die einzige Hoffnung der Bevölkerung Oberschlesiens. Saß und nationale Machtpolitik dürfen nicht länger die wirtschaftlichen Aufbaumöglichkeiten hindern.

Wir bitten den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die nötigen Schritte bei den Mächten, die die Besetzung Oberschlesiens vollzogen haben, zur Beseitigung dieser entsetzlichen Zustände zu unternehmen und besonders die „Confédération générale du Travail in Frankreich“ zu veranlassen, daß sie auf die französische Regierung dahin einwirkt, daß der französische Oberschlesienhaber Recht und Gerechtigkeit walten läßt und mit der nötigen Energie den polnischen Aufwühlern entgegentritt.

Eile ist dringend geboten, weil infolge dieser Zustände in Oberschlesien die schwersten Erschütterungen zu befürchten sind. Wir hoffen deshalb, daß unverzüglich das Nötige unternommen wird.

Berlin, den 18. September 1920.

Mit brüderlichen Grüßen!

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

E. Regien.

Aus unserem Verufe.

Berlin. Die hiesigen Schildermaler stehen seit geraumer Zeit in schweren Differenzen mit ihren Unternehmern. Am 15. Juli d. J. war der Tarif abgelaufen. An Stelle eines neuen Tarifes wollten die Unternehmer ein von ihnen gestelltes Diktum gesetzt wissen, das am 16. Juli schon in Kraft treten sollte. Insbesondere sollte der bis dahin bestandene einheitliche Stundenlohn beseitigt und dafür ein klassifizierter Lohn eingeführt werden. Die Schildermaler lehnten natürlich dieses Ansinnen ab und riefen den Schlichtungsausschuß an. Dieser fällt am 7. August einen Schiedsspruch, wonach die Einführung verschiedener Lohnklassen abgelehnt wurde. Der Stundenlohn wurde für Jugendliche von 4,75 M. auf 5 M., für alle anderen von 5,75 M. auf 6,50 M. erhöht, mit Gültigkeit bis zum 31. Oktober d. J. Diesen Spruch lehnten die Unternehmer ab. Hierauf riefen die Schildermaler die Demobilisierungsfstelle an mit dem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. Am 21. September standen Verhandlungen an unter Leitung des Herrn Dr. Kludhorn. Die angestrebten Einigungsversuche scheiterten, obwohl unsere Kollegen im Interesse einer Verständigung ihre Forderungen ermäßigten von 6,50 M. auf 6,40 M. Nachdem die Unternehmer zunächst an ihrer Klasseneinteilung festhielten und Stundenlöhne von 6 M. in der 1., von 5 M. in der 2. Klasse festgesetzt wissen wollten, erklärten sie später, für dieses Mal noch einmal von einer Klasseneinteilung absehen zu wollen, jedoch blieben sie darauf bestehen, daß der Stundenlohn nicht höher als 6 M. sein dürfe. Unsere Kollegen ermäßigten ihre Forderung noch einmal auf 6,25 M. Dr. Kludhorn schlug 6,10 M. vor. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande, weil die Unternehmer an 6 M. festhielten.

Inzwischen ist die Verbindlichkeitserklärung am 27. September abgelehnt worden.

Die Schildermaler haben daraufhin beschlossen, in jeder Werkstatt, in der bis zum 30. September der Schiedsspruch vom 7. August d. J. nicht anerkannt wird, vom 1. Oktober ab die Arbeit einzustellen.

Die Schildermaler im Reiche werden deswegen dringend ersucht, Arbeitsangebote nach Berlin zu unterlassen. Berlin nebst Vororten ist für Schildermaler gesperrt.

Borsgrund (Norwegen). Es wird uns berichtet, daß die Differenzen in der Porzellanfabrik Borsgrund zugunsten der Arbeiter beendet sind.

Es wird jedoch allen Kollegen, die etwa gewillt wären, in Borsgrund sich um Stellung zu bemühen, empfohlen, sich vorher nach den Verhältnissen zu erkundigen unter der Adresse: Porzellanarbeiternes Fagforening, Borsgrund (Norge).

Berlin. Die hiesige Porzellanarbeiterschaft nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem Treiben der Händler gegen die Arbeiter, wie aus Nr. 38 der „Ameise“ zu ersehen ist, wonach die „außerordentlich hohen Löhne“ in der Porzellan- und Steingutindustrie schuld sein sollen an den hohen Verkaufspreisen und in Verbindung damit an dem jetzigen flauen Geschäftsgang. Wir verbitten uns entschieden die dauernden Anpöbelungen von einer Organisation und ihrer Presse, die bewiesen haben, daß sie nicht das geringste Verständnis für die heutige Lage der Arbeiterschaft aufbringen können und auch nicht wollen. Wir empfehlen diesen Herren, einmal in unserer Industrie tätig zu sein unter denselben Bedingungen, wie die Arbeiterschaft. Vielleicht kommt ihnen dann gar bald die Erkenntnis, daß die Arbeit hinterm Ladentisch nicht nur gewinnbringender, sondern auch bedeutend gesünder ist, als sich im heißen Ofen die Haare vom Kopf sengen zu lassen. Diese Herren würden es sehr bald vorziehen, wieder zu ihren „bescheidenen Gewinnen“ zurückzukehren und auf die „kolossal hohen Arbeiterlöhne“ zu verzichten. Uns ist auch nicht bekannt geworden, daß unter den Händlern die Tuberkulose in dem Umfange wütet, wie unter der Porzellan- und Steingutarbeiterschaft, weil erstere bei ihren „bescheidenen“ Gewinnen, die die kolossal hohen Arbeiterlöhne um ein vielfaches übersteigen, ganz anders ernähren können.

Vermischtes.

Zum Erlaß der neuen Arbeitsordnung wird uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt: In zahlreichen Eingaben aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen wird angefragt, ob der Erlaß der neuen Arbeitsordnung, die das Betriebsrätegesetz vorschreibt, bis über den 1. September hinausgeschoben werden darf. Darauf ist zu erwidern, daß ein Hinausschieben des Erlasses der Arbeitsordnung unbedenklich ist, wenn die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer damit einverstanden sind. Das Reichsarbeitsministerium hält es für erwünscht, daß die Arbeitsordnung nach Möglichkeit nicht betriebsweise, sondern von Verband zu Verband geregelt

wird, auch wenn hierdurch eine Verspätung eintritt. Andererseits wird, nachdem der vom Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit den Verbänden ausgearbeitete Entwurf einer Normalarbeitsordnung für Arbeiter veröffentlicht ist, erwartet, daß die Beteiligten alles tun, um den rechtzeitigen Erlass der Arbeitsordnung zu ermöglichen. Zur Verhinderung einer absichtlichen Verschleppung ist vom Betriebsrätegesetz die Anrufung des Schlichtungsausschusses gemäß § 80 des Betriebsrätegesetzes vorgesehen. Der Schlichtungsausschuß hat im Falle mangelnder Einigung der Parteien die Arbeitsordnung endgültig und bindend festzusetzen. Auch ist es Sache der Gewerbeaufsichtsämter, nötigenfalls auf den Erlass der neuen Arbeitsordnung gemäß § 134a der Gewerbeordnung hinzuwirken.

Zum Abbau der Lebensmittelpreise. Im Laufe des verfloßenen Sommers hatten sich an verschiedenen Orten, namentlich Mittel- und Süddeutschlands, Lebensmittell Kontrollkommissionen gebildet, durch deren tatkräftiges Eingreifen nicht nur eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise, namentlich auf den Wochenmärkten, erzielt, sondern auch verhindert wurde, daß es zu Lebensmittelfrawallen und Schlimmerem kam. Naturgemäß aber konnte das Wirken dieser Kommissionen immer nur vorübergehenden Erfolg haben, wenn es nicht gelang, diese Einrichtungen weiterhin auszudehnen. Es wurde deshalb an verschiedenen Stellen beim Vorstande des A. D. G.-B. angeregt, die maßgebenden Reichsbehörden zu veranlassen, Maßnahmen zu treffen, die eine Unterbindung der Tätigkeit der Lebensmittell Kontrollkommissionen durch Abschlebung der Lebensmittel nach anderen, nicht kontrollierten Orten verhindern.

Auf die diesbezügliche Eingabe des A. D. G.-B. an das Reichswirtschaftsministerium hat dieses nunmehr den nachstehenden Bescheid erteilt:

„Wir stimmen den Ausführungen des Schreibens vom 20. Juli 1920 dahin zu, daß die Lebensmittell Kontrollkommissionen, die sich an manchen Orten Deutschlands gebildet haben, mit dazu beigetragen haben, den Ausbrüchen von Lebensmittelunruhen in der bestmöglichen Weise vorzubeugen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß die Preisprüfung auf dem Lebensmittelgebiete den Preisprüfungsstellen obliegt, und daß durch wirksames Zugreifen dieser Stellen in Verbindung mit den Wucherbehörden an vielen Orten die Lebensmittelpreise, insbesondere in Obst und Gemüse, soweit gesenkt werden konnten, daß eine Selbsthilfe der Bevölkerung und in deren weiterer Folge Lebensmittelunruhen vermieden wurden.

Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Lebensmittell Kontrollkommissionen den dazu gesetzlich berufenen Preisprüfungsstellen ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, und wenn eine dahin gehende Anregung von dort aus gegeben würde. Ohne ein Aufgehen der Lebensmittell Kontrollkommission in den Preisprüfungsstellen besteht die Gefahr des Neben- und Gegeneinanderarbeitens der beiden Organisationen, wodurch der Sache nur geschadet werden kann.

Die Preisprüfungsstellen sind durch ein Schreiben vom 21. Mai 1920 darauf hingewiesen worden, daß wir auf die Heranziehung geeigneter Verbrauchervertreter zu den Preisprüfungsstellen den größten Wert legen. Wir würden es für zweckmäßig halten, wenn auch dortseits auf die Gewerkschaften ein Einfluß dahin ausgeübt würde, daß sie bei der Auswahl der Mitglieder der Preisprüfungsstellen sich nicht versagen, sondern besonders tüchtige Vertreter hierfür in Vorschlag bringen. Wir zweifeln nicht daran, daß diejenigen Vertreter der Gewerkschaften, die sich schon in den Lebensmittell Kommissionen bewährt haben, auch in den Preisprüfungsstellen eine wirksame Tätigkeit entfalten werden.

Mit Rücksicht auf den erforderlich gewordenen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft sind die mit der Preisprüfung beauftragten Behörden in nächster Zeit zu vermehrter Tätigkeit gezwungen. Es erscheint deshalb eine baldige Verständigung unter den Erzeugern und Verbrauchern innerhalb der Preisprüfungsstellen unter Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern ganz besonders wichtig.

Die Schulausbildung der Betriebsräte. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vom 12. Juni 1920 über Betriebsräteschulen ist von mehreren Handelskammern beantwortet worden. Die Antworten der zwei kleinen Kammern lauten ungünstig, nämlich die aus Ravensburg und Balingen. Erstere fürchtet durch Einrichtung von Bildungstürnen eine Förderung der Halb- und Unbildung und macht auf den starken Wechsel in der Zusammensetzung der Betriebsräte aufmerksam. Nach der Ansicht der Handelskammer von Balingen ist die Frage erst dann spruchreif, wenn gesagt werden kann, „woran es dem Arbeiter überhaupt fehlt, um die Stellung eines Betriebsratsmitgliedes richtig ausfüllen zu können.“ Dagegen sprechen sich die Urteile der großen Handelskammern, wie

Darmstadt, Hamburg, Köln und Leipzig, günstig über Schulung der Betriebsräte aus, und es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß eine Schulung hier wie auf allen Gebieten von Vorteil sein kann.

Versammlungsberichte.

Annaburg. Der Besuch der Versammlung vom 11. September war nicht gut. Der Zeit entsprechend mußte jeder einzelne in Versammlungen erscheinen, um mit den Arbeitskolleginnen und -kollegen zu beraten, wie wir ein besseres Dasein erlangen können. Punkt 3 wurde der Bericht des Betriebsrates entgegengenommen. Trotz aller Anfeindungen des Betriebsrates außerhalb der Versammlung war die Versammlung mit der Tätigkeit desselben zufrieden. Betreffs Lohnabbau, wie es die Unternehmer wünschen, wurde recht unzufriedene Haltung eingenommen. Es wurde der Betriebsrat gebittet, sich der Resolution Walsassen, Nr. 36 der „Ameise“ anzuschließen; ferner den Hauptvorstand zu beauftragen, bei Abschluß neuen Tarifes unseren Antrag, Versekung von Klasse 2b in Klasse 2a zu veranlassen, vom Schiedsamt abgelehnt worden ist, zu bekräftigen. Wiewohl unser Vertreter beim Schiedsamt den Nachweis erbracht hatte, daß wir berechtigt sind, in Klasse 2a zu kommen und dem Direktor Riez von Seiten des Schiedsamtes aufmerksam gemacht wurde, daß die Löhne der Lohnarbeiter der Leistung entsprechende niedrige sind, erklärte Herr Direktor Riez: Die Firma kann Klasse 2a nicht ertragen. Nun Kollegen, vergleicht diese Vergütungsart des Herrn Direktor mit den Zahlen in Nr. 36 der „Ameise“ unter Annaburg. Diesen enormen Gewinn hat man mit der Erhöhung der Arbeiterzahl — als vor dem Kriege — herausgeholt. Es wurde beschlossen, für unser schwerkrankes Mitglied, Genossen Wagenknecht, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen. (Diese Sammlung hat inzwischen rund 500 Mk. ergeben.) Hierzu wurde folgender Antrag angenommen, daß die schlechten Versammlungsbesucher der lokalen Unterstützung in Zukunft ausgeschlossen sind. Der Vorsitzende machte am Schluß jedem zur Pflicht, das Gehörte hinaustragen zu denen, die nicht in die Versammlungen kommen und daran zu arbeiten, daß bei jedem einzelnen der Gewerkschaftsgeist immer besserer wird.

Alma. Die außerordentliche Zahlstellenversammlung vom 16. September befaßte sich in der Hauptsache mit dem Ablauf des Tarifvertrages. Nach längeren Darstellungen seitens der Mitglieder über die Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Hauptvorstand ersucht, bei den kommenden Tarifverhandlungen dafür einzutreten, daß auf alle Effektivlöhne der Akkordarbeiter 50 Proz. Zuschlag folgen muß und für die, welche dauernd im Stundenlohn arbeiten, 75 Proz.; dazu kommen noch für verheiratete 300 Mk., und für ledige 200 Mk. Wirtschaftshilfe, außerdem für jedes Kind unter 16 Jahren 50 Mk. Man bedachte, daß in Arbeiterkreisen die meisten in der Lage sind, sich mit Kartoffeln, Feuerung und dergl. zu decken, daß überhaupt die meisten nicht imstande sind, sich die dringendsten Lebensnotwendigkeiten zu beschaffen. In Anbetracht solcher Sachen müssen selbst die Unternehmer einsehen, daß die Forderungen nicht zu hoch sind.

Berlin-Charlottenburg. In der Zahlstellenversammlung vom 15. September sagte der Vorsitzende, Kollege Berndt, dem als Leiter nach Thüringen berufenen Genossen Apel für seine Verdienste um unsere Zahlstelle öffentlichen Dank. Zur Prüfung der Bewerbungsschreiben der Kandidaten für den nun erneut ausgeschriebenen Lokalbeamtenposten wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Storch, Welzel und Reichert zusammen. Die endgültige Entscheidung obliegt dem Plenum der nächsten Versammlung. — Als Ersatz für zwei ausgeschiedene Kollegen wurde als Beisitzer in den Hauptvorstand neu entsandt die Kollegen G. und Simpson, die sich bereit erklärten, im Sinne unserer Mitglieder dort mitzuarbeiten. — Den Bericht über die Arbeiten der Agitationskommission erstattete Kollege Albert Schulze. Er griff zurück auf Aussprachen und Ergebnisse in den ersten Konferenzen der brandenburgischen Zahlstellen nach dem Weltkriege, die bekanntlich am 7. März und 9. Mai in Berlin tagten, und auf die jüngste Zusammenkunft im August in Magdeburg. Dort wurde — wie seinerzeit veröffentlicht — die Einstellung eines Gauleiters für Norddeutschland beschlossen und vom Hauptvorstand gefordert. Kollege Schulze streifte und begründete auch erneut die Beitragserhöhung und bemängelte dabei, daß bisher die von den Mitgliedern sehr erwünschte Veröffentlichung des Hauptklassenberichtes noch nicht erfolgt ist. Worte widmete er den Agitationsarbeiten in allen Betrieben unserer Industrie. Für Brandenburg konnte er konstatieren, daß mit Ausnahme von Belsen alle Kollegen restlos organisiert sind. Er betonte weiter: „Trotz alledem gilt es für uns mehr denn je, den letzten abseitsstehenden und unorganisierten Proletarier der geschlossenen Verbandsfront zuzuführen und innerhalb unserer Zahlstelle die Mitglieder zu ehrlichen und selbstbewußten Gewerkschaftlern zu formen und damit dem Vorstand den Rücken zu stärken.“ Kollege Berndt dankte dem Berichterstatter und bekräftigte ebenfalls, daß der Meinungsaustausch der Zahlstellen durch ihre Agitationskommissionen notwendig und wertvoll ist. — Unter Punkt „Verschiedenes“ kritisierte Kollege Rener die Schriftleitung der „Ameise“. Er vermischte in den Mitteilungen unseres Organes politische Kommentare und Hinweise auf bevorstehenden großen Betriebsrätekongreß*) und lehnte journalistische Beiträge entschieden ab. Kollege Berndt erwiderte, daß Kritik dem Hauptvorstand nur erwünscht ist und erwähnte, daß Kollege Rener der „Ameise“, Genosse Schneider, persönlich auf dem Kongreß anwesend sein und eingehend darüber berichten wird.

Unsere Berliner und Charlottenburger Kollegen dienen als Vorworte dieser Stelle aus zur Nachricht, daß unsere Monatsversammlung

*) Der Hinweis auf den Betriebsrätekongreß ist in den Nummern 35 und 36 der „Ameise“ 1920 erfolgt.

ungen fortan jeden dritten Dienstag im Monat. in der Schulanla, Dresdenerstr. 113, stattfinden.

Vor dem oben erwähnten gewerkschaftlichen Teil unserer Versammlung begrüßten wir zu Beginn des Abends den Genossen Arno Britsch vom „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ am Rederpult. „Mög' auch sein Vortrag über

„Feuerbestattung“

nicht in den engeren Rahmen unserer Gewerkschaftsbewegung passen, so wird doch jeder Freund fortschreitender Kultur ihm seine hohe Bedeutung aus ökonomischen, ästhetischen und hygienischen Ursachen nicht abprechen können. Aus diesen Gründen sei mir erlaubt, hier in den Spalten der Versammlungsberichte einiges Allgemeines, bedeutsames aus den Darbietungen des Referenten zu wiederholen. Genosse Britsch führte u. a. aus:

Abgesehen vom Altertum, läßt sich die Methode der Leichenverbrennung bis ins 3. und 4. Jahrhundert nachweisen. Unter den Karolingern verbot dann Karl der Große, der das Christentum bekanntlich durch Feuer und Schwert (!) verbreitete, die Bestattung der Leichen durch Feuer. Es gab aber zu fast allen Zeiten Persönlichkeiten, die dem alten Gedanken sympathisch gegenüberstanden. So bestimmte der Alte Fritz, daß er, wenn er in der Schlacht fiel, verbrannt und seine Asche in einer Urne beigelegt werde. (Eine Verwundung an seinem Staatsminister während des 1. Schlesischen Krieges dokumentiert dafür.) Volle Sympathien und Fürsprecher fand die Feuerbestattung in den Reihen unserer Gelehrten und Denker. So trat z. B. 1848 Jakob Grimm in einem Akademievortrag für die Vorzüge des Flammengraves ein. Und so entstand denn auch 1876 in Mailand das erste europäische, und 1878 in Gotha das erste deutsche Krematorium. Gegenwärtig dienen 60 solcher Bauten in der Republik ihren Zwecken. Vom hygienischen Standpunkt aus ist es interessant und bezeichnend, daß die meisten Ärzte auf dem Boden der Feuerbestattung stehen. Im Jahre 1892 schon erklärten sich die Mediziner auf ihrem internationalen Kongreß in Mailand für die Einführung der Verbrennung und anerkannten auch ihre hygienischen Gründe im Vergleich zur Erdbestattung (Verunreinigung von Trink- und Grundwasser, Möglichkeit der Verbreitung ansteckender Krankheiten). Vom Standpunkt der Ästhetik werden ja wohl allen Kriegsteilnehmern noch jene grauenhaften Bilder der Schlacht- und Leichenfelder in schmerzlicher Erinnerung sein und die Verwirklichung der Forderung fahrbarer Krematorien hätte nur von Nutzen sein können. Allein, auch wer den normalen Verwesungsprozeß einer Leiche bei Erdbestattung ästhetisch wertet, wird die Vorzüge der Verbrennung nur billigen müssen. — Auch einige ökonomische dafür sprechende Gründe wurden kurz gestreift. So ist z. B. erwiesen, daß auf einem Flächenraum, den ein Sarg bedingt, 32 Aschenkapeln beigelegt werden können. Damit erweist sich ein Uebelstand der Beerdigung: Inanspruchnahme von Gelände, das zur Bebauung von Feldfrüchten benutzt werden könnte.

Die Feierlichkeiten bei einer Einäscherung tragen der Pietät vollkommen Rechnung; abgesehen davon, daß dieselben in einem geschlossenen Raum vor sich gehen und die Leidtragenden nicht wie auf dem Friedhof Wind und Wetter ausgesetzt sind. — Den technischen Vorgang der Verbrennung demonstrierte Genosse Britsch unseren Mitgliedern an Hand eines Modells, darstellend einen Schritt durch ein modernes Krematorium. Auch jener Vorgang vereinbart sich durchaus mit den Gesetzen der Pietät.

U. Britsch konnte nach Beendigung seines durch knappe Zeit wieder etwas gedrängten Vortrages für den lauten Beifall der Versammlung danken.

S. R.-w.

Freiburg. Der Kassierer, Kollege Glöckner, gibt ein übersichtliches Bild über den jetzigen Stand der Kasse. Der Mitgliederbestand betrug am 30. Juli 1920 249 männliche, 206 weibliche, zusammen 455 Mitglieder. Der Revisor, Kollege Kaiser, berichtet, daß er die Bücher und Kasse geprüft und alles in bester Ordnung befunden habe. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Der Vorsitzende erläutert den Generabzug. Es erfolgt die Verlesung eines Schreibens des Finanzamts und der Fabrikleitung. Nach längerer Aussprache erfolgt die Abstimmung, und stimmen $\frac{1}{2}$ für Rückzahlung der zuviel gezahlten Steuer. — Unter „Gewerkschaftliches“ gibt der Vorsitzende einem Bericht aus der Kartellisierung. Das Wichtigste ist, daß dem Kartell ein billiges Wäscheangebot gemacht wurde und wird noch näheres darüber berichtet werden. Ueber billige Beschaffung von Kleidern erfolgt die Verlesung eines Schreibens vom Bekleidungsarbeiterverband. Zur Gründung einer Bekleidungsstelle, um das dazu benötigte Kapital aufzubringen, sollen Anteilscheine zu 60 Mk., auch in Raten, zu 4 Proz. verzinsbar, herausgegeben werden und sind selbige dem Kassierer Glöckner zu haben. Die Kollegen mögen recht regen Gebrauch davon machen. Ferner wird berichtet über das Waldfest, das vom Kartell veranstaltet wurde und sehr gut besucht war. — Aus den Fabrikbetriebe wäre zu berichten über die jetzt stattfindenden Änderungen; zu diesen kann der Verband weiter keine Stellung nehmen, da das nach den neuen Gesetzen gehandhabt wird; ferner über das Lehren, daß dies in der letzten Betriebsratsitzung dahin geregelt wurde, nur nach Feierabend die Säle zu lehren. Dann wird Beschwerde über die Arbeitszeiten geführt; die Arbeitszeiten müssen nun eingehalten werden; während der Pausen darf nicht gearbeitet werden. Wer in den Pausen arbeitet, wird bestraft, im Wiederholungsfall folgt Entlassung. Nachdem wir jahrelang für die achtstündige Arbeitszeit gekämpft haben, soll auch an dieser Errungenschaft festgehalten werden. Zum Schluß der Versammlung fordert der Vorsitzende die Kolleginnen und Kollegen auf, fest zusammenzukommen und die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen.

Störheim. Am 17. August eröffnete der Vorsitzende Mühlen Bedauern die einberufene Zahlstellenversammlung, indem ein großer Teil der Mitglieder es vorgezogen hatte, nach Hause zu gehen. Der Bericht über Kassen- und Quartalsabluß konnte wegen Ausankunft unseres Kollegen Dittmann (Kassierer) nicht erfolgen, der bis zur nächsten Versammlung vertagt. Vorsitzender Mühlen legte den Bericht über die Störheimer Verhandlungen; selbiger ergab sich des Berichtes in klaren Ausführungen und wurde von der Versammlung mit Zufriedenheit aufgenommen. Kollege Osvald

Gries, der zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde, nimmt sein Amt an. Als Revisor wird Kollege Niech gewählt. Zur Betriebsfrage der Hilfsbrenner erklären dieselben, daß sie nach den letzten Vereinbarungen gegen die verantwortungsvollen Brenner zurückstünden. Eine lebhafte Debatte ergibt die Ausführungen und Schilderungen der einzelnen Kollegen. Kollege Adersmann schlägt hierzu vor, sich mit dem Brennmeister in Verbindung zu setzen und im Einvernehmen mit demselben alsdann das Weitere zu veranlassen. Unter „Verschiedenes“ richtet Kollege Schleret die Anfrage, warum die Bäcker um 10 Pf. pro Stunde zurückstehen sollen gegen andere Abteilungen. Diese Anfrage sowie die Abortreinigungsfrage wurde dem Betriebsrat überwiesen.

Sohenberg. In der am 18. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung begrüßte der Vorsitzende den zur Versammlung erschienenen Gewerkschaftssekretär Böesneder aus Selb. Ehe zur Tagesordnung übergegangen wurde, wählten die anwesenden Betriebsräte einstimmig den Kollegen Karl Reich aus Arzberg als Delegierten zum Betriebsrätekongreß in Berlin. Der Vorsitzende verliest hierauf die ergänzte Abschrift von der Eingabe (Einspruch gegen den Oberschiedsamtsschiedsspruch zwecks Dreiklassenverteilung), die an den Hauptvorstand eingereicht wurde. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, die Kartellbeiträge, wöchentlich 10 Pf., ab 1. September von den Mitgliedern zu erheben. Als Kartellbelegierter wurde einstimmig Kollege Fiedl gewählt. — Gewerkschaftssekretär Böesneder hielt nun einen Vortrag über „Teuerung, Wirkung und Bekämpfung“. Er führte aus: Er möchte feststellen, wer eigentlich an der Teuerung schuld ist, der Käufer oder Verkäufer. Unter Teuerung versteht man eine Preissteigerung über das Maß der Verbrauchsmöglichkeit. An der Teuerung ist weniger der Arbeitslohn schuld, als die Sucht nach Gewinn. Wenn unser Einkommen gemäß der Steigerung der Bedarfsartikel gestiegen wäre, so wäre es möglich, auch alle Waren zu den teuren Preisen zu kaufen. Lediglich die Warenknappheit ruft die Teuerung hervor. Es sind nicht so viel Waren auf dem Markt, als gebraucht werden. Wir leben leider immer noch in einer Gesellschaftsordnung, wo jeder nur danach trachtet, daß es nur ihm gut geht. Im August 1914 stieg das Salz von 10 auf 30 Pf. usw. Die Händler hielten schon damals ihre Waren zurück, und so entstand nach und nach die Hamsterei und Schieberei. Der Geldwert ist um das Fache gesunken und die Waren bis zu 3000 Proz. gestiegen. Im Vergleich zu den Preisen der Bedarfsartikel hat der Arbeitslohn nicht Schritt gehalten. Zu Beginn des Krieges war die Arbeiterkraft des Glaubens, den Burgfrieden zu stören und sie begnügte sich mit geringen Teuerungszulagen. Wir müssen uns jetzt auf den Standpunkt stellen, daß es auf diese Weise nicht so weitergehen kann. Unsere einzige Rettung ist, Waren erzeugen und Lebensmittel vom Auslande einführen, damit wir ein stärkeres Warenangebot im Inlande haben; dann gehen die Preise von selbst zurück. Als Dank seiner Ausführungen erntete Böesneder reichen Beifall. — Der Vorsitzende schloß die mäßig besuchte Versammlung und appellierte an die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, sie mögen die einzelnen Mitglieder, die nicht ein einziges Mal die Versammlungen besuchen, auffordern, in Zukunft sich dort einzufinden, wo ihre Interessen vertreten werden, und dankte den eifrigen Besuchern sowie Kollegen Böesneder für seinen aufklärenden Vortrag.

Krummenab. Die am 19. September stattgefundene Versammlung war ziemlich gut besucht. Kollege Schieder fungiert als Preisungskommissionsmitglied in der Malerei und laut Beschluß der letzten Versammlung hat die Preiskommission zugleich als Defektkommission zu gelten. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Diskussion und kommt schließlich aus der Mitte der Versammlung der Antrag, daß sich die Versammlung der in Nr. 36 der „Ameise“ veröffentlichten Resolution Waldfassen anschließt, was bei den Anwesenden lebhaften Beifall und einstimmige Annahme fand. Hierauf wurde eine Mitteilung des Kollegen Bredow vorgelesen, worauf die Versammlung zu dem Resultat kam, daß die Nachzahlung vom 1. Jan. bis 31. März vom wirklichen auf den festgelegten Mindestlohn, sowie die Herauszahlung der vor dem 1. Juni 1920 zu Kriegspreisen gelieferten Schwämme bis heute noch nicht erfolgt ist. In der Kapselbreherei wurden 50 Proz. Zuschlag gewährt, kamen aber 10 Pf. vom Grundlohn in Abzug. Daraufhin stellt Kollege Fersch den Antrag, dem Gauleiter Kollegen Bredow mitzuteilen, daß er wegen Defekt an seiner Stanzmaschine 6 Tage lang ohne Arbeit war und für diese Zeit nicht den Durchschnittslohn, sondern die Erwerbslosenunterstützung bekam und ihm bei seiner persönlichen Beschwerde die Antwort zuteil wurde: „Ich zahle nichts, kann kommen, was will.“ Hierauf wurde noch der Antrag gestellt, daß die Behandlung der Arbeiter der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden soll. Wir möchten aber vorerst Herrn Ludwig Mannl empfehlen, sich sofort das Buch von Knigge (Umgang mit Menschen) beschaffen zu wollen und nach reiflichem Studium dieses seinem Bruder Ottmar, zur fleißigen Benutzung auszuhändigen. Sollte dieses Herrn Ludwig Mannl nicht genügen, so sind wir gezwungen, mehrere Artikel zu veröffentlichen. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, tren zur Organisation zu halten, fand die Versammlung ihr Ende.

Rudolstadt. Unter dem Vorsitz des Kollegen Friediger fand am 15. September im „Ablersaal“ die erste Versammlung der drei zusammengeschlossenen Zahlstellen Rudolstadt, Volkstedt und Schwarza statt, welche von 600 Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gibt bekannt, daß der Lokalbeamte Siegel seinen Sitz im Sekretariat Rudolstadt hat. Bureaustunden sind von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr; Sonntags von 8 bis 1 Uhr. Ferner teilte er mit, daß Friediger zum Betriebsrätekongreß in Berlin delegiert ist. Sodann erhält der Lokalbeamte Siegel das Wort. Dieser gibt über seine bisherige Tätigkeit einen ausführlichen Bericht. An Mitgliedern der drei Zahlstellen sind zu verzeichnen 940, davon 624 männliche und 316 weibliche. Infolge der von Tag zu Tag sich mehrenden Arbeitslosigkeit, Einschränkungen und Entlassungen ist die Lage änderst kritisch. Weiter gibt er bekannt, daß bei der Firma Edert Entlassungen vorgenommen wurden, die aber durch die Einmütigkeit der Arbeiter zurückgezogen sind. Die Versammlung stimmte geschlossen zu, daß auf keiner Fabrik Entlassungen stattfinden dürfen, um alle Kollegen über die schwere Zeit hinweg zu

bringen. Mit Ausnahme von zwei Fabriken arbeiten alle nur drei bis vier Tage. Zu längeren Ausführungen kam es über die bevorstehenden Tarifverhandlungen, die zwischen beiden Verbänden in Dresden stattfinden. Der Hauptvorstand müsse mit allen Mitteln versuchen, einen Lohnabbau der Arbeiter zu verhüten, denn bei den jetzigen Verhältnissen ist es unmöglich, mit dem Lohn auszukommen. Es langt kaum zum Allernotwendigsten; an Kleidung, Schuhe und Wäsche kann gar nicht gedacht werden. Es muß alles versucht werden, eine Lohnerhöhung zu erzielen, damit der Arbeiter nur ein annähernd würdiges Dasein führen kann. Pflicht der Betriebsarbeitsräte ist es, in jedem Betrieb erfolgreiche Arbeit zu leisten. Ein Kollege wünscht, den Betriebsräten späteres Kontrollrecht einzuräumen, damit sie bei der Berechnung der Gesteungskosten bis zum Verkaufspreis mitsprechen können. Gleichzeitig soll gegen die Händler härter vorgegangen werden, um denen ihr unsauberes Handwerk zu legen; denn diese sind zum größten Teil mit Schuld an den unerhörten Verkaufspreisen. Aus all dem Angeführten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter von Rudolfsstadt und Umgegend versuchten durch mehrere Protestversammlungen, mit der Behörde die Preise sämtlicher Produkte abzubauen. Die Behörde versprach, sie werde alles tun, was in ihren Kräften stünde. Bis heute ist leider noch nicht das geringste getan worden. Unsere jetzigen Löhne reichen knapp für Lebensmittel aus. Der Winter steht vor der Tür. Durch die fortwährende Teuerung sind wir soweit in Kleidung, Schuhe und Wäsche heruntergekommen, daß es uns dazu zwingt, eine Wirtschaftshilfe, für Verheiratete 500 Mk., für Ledige 300 Mk., sowie für verheiratete Frauen ohne Ernährer 500 Mk. zu fordern. Desgleichen 50 Proz. Lohnaufschlag. Den Betriebs- und Arbeiteräten schärferes Kontrollrecht einzuräumen, um bei den Gesteungskosten bis zum Verkauf mitsprechen zu können. Der Verbandsvorstand wurde dringend aufgefordert, auch für seine Angestellten und Beamten endlich verhältnismäßig erträgliche Lohnverhältnisse zu schaffen, da auch diese Mitglieder ein Recht auf Interessenvertretung haben. Bei Auszug der Fabrikordnung soll nur die vom Hauptvorstand vorliegende zur Geltung kommen. Zum Schluß erwähnt der Vorsitzende die Versammlung, mit der Verwaltung Hand in Hand zu arbeiten, damit ersprießliche Arbeit geleistet werden kann.“

Zahlstelle Dresden und Umgegend Mitgliedschaft Dresden.

Einladung zu dem am Sonnabend, den 16. Oktober 1920, stattfindenden Herbst-Familienabend, in den Sälen des Etablissements „Deutscher Kaiser“, Leipzigerstr. 112, bestehend in Gesangs- und Zitherkonzert, heiteren Vorträgen und Ball. Mitwirkende: Männergesangsverein „Keramit“, Soliquintett des Voigtischen Zithervereins zu Dresden, und die Herren Freudenberg und Gebr. Tschorn. Einlaß ½6 Uhr, Beginn 6 Uhr. Eintritt 99 Pf. (einschließlich Steuer).

Karten sind bei den Unterkassierern und den Verwaltungsmitgliedern zu entnehmen.

Der Vergnügungsausschuß hat seine Mühe geschenkt, diesen Abend zu einem recht amüsanten zu gestalten und sieht einem zahlreichen Besuch entgegen. Der Vergnügungsausschuß.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althalbenseben. Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Peters.

Annaburg. Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus (Thielemann), großer Saal.

Blankenhain. Sonnabend, den 9. Oktober, abends ½9 Uhr, bei Klein.

Bonn. Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, in der Rhönhalle, Kölschstr. 17.

Colbitz. Sonnabend, den 9. Oktober, abends ½8 Uhr, im Schützenhaus.

Mannheim-Räfertthal. Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 Uhr im „Restaurant zur Reichskrone“, H 7, 24.

Plane. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7½ Uhr im „Ablor“. Quartalsabschluss. Geschäftliches.

Weißwasser. Donnerstag, den 7. Oktober, 8 Uhr, bei Hendryk.

Storbek. fel.

Colbitz. Paul Poppitz, Sieben, geboren am 22. September 1884, gestorben am 15. September an Darmleiden. Mitglied seit 1919.

Königszell. Robert Haase, Schmelter, geboren am 12. Dezember 1861, gestorben am 8. September an Kehlkopf-leiden. Mitglied seit 1918.

— Edward Rie, Brennhäuserarbeiter, geboren am 20. November 1875, gestorben am 12. September an Lungen-leiden. Mitglied seit 1919.

Grummetz. Theresia Mark, Malerin, geboren am 30. Juni 1837, gestorben am 12. September an Lungentuber-kulose. Mitglied seit 1919.

Leubsdorf. Louis Schmiegner, Maler, geboren am 1. Juli 1875, gestorben am 23. September an Lungentuber-kulose. Mitglied seit 1919.

Marktredwitz. Elisabeth Bauer, Bucherin, ge-bore am 12. Juli 1865 an Großschlattengrün, gestorben am 13. September an Herzklammer. Mitglied seit 1919.

Waldhau. Josef Kallert, Dreher, geboren am 4. September 1883 in Schlagerndorf (Böhmen), gestorben am 18. September an Lungentuber-kulose. Mitglied seit 1910.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Veränderungen.

Flörsheim. 2. Vorsitzender: Oswald Gries, Hochheim a. M. Dellenheimerstr. 45.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger, solider Formgießer für Gebrauchsgeschirre sofort gesucht. Ledige bevorzugt. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit erbittet Zwidauer Porzellanfabrik, Zwidau i. Sa.

Porzellanmaler

für Schrift (Grabschilber, Monogramme), bessere Hand-, Wand-, Stempelarbeiten für Kaffee- und Tafelservice, sucht baldigst Stelle. Angebote unter H. R. an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Eine tüch. Steingutfabrik sucht für sofort einen tüchtigen Tellerbreher. Offerte unter Chiffre C. C. a. d. Geschäftsstelle „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Porzellanmaler der Gebrauchsgeschirrabzweige, fester Stahlplattengraveur, sucht Stellung. Eintritt sofort. Mühen stehen zu Diensten. Angebote unter Chiffre N. B. 432 an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Tüchtige Tellerbreher, sofort gesucht. Steingutfabriken Weltvorbaum, G. m. b. H., Belten bei Berlin.

Zwei tüchtige Brennhäuserarbeiter für Glatt- und Rohbrä gesucht. Wohnung und Gartenland vorhanden. Angebote an Zwidauer Steingutfabrik, C. & C. Carstens, Hirschau b. Amberg, Werf.

Tüchtiger Glasiermeister, ledig, vertraut mit dem Glasieren elektrotechnischen Porzellanartikeln, sowie mit der Abnahme derselben, per sofort gesucht. Angebote an die Red. der „Ameise“ unter M.

Tüchtiger Untergrasurmalen, mit Schablonschneiden, Schablonieren, Staffage, Fondsprizen und allen sonstigen Arbeiten bestens vertraut, sucht Stellung in einer Steingutfabrik. Gefl. Offerten erbeten unter F. G. an die Red. der „Ameise“.

Wir suchen für sofort noch einige tüchtige, solide Schabendreher.

Zwidauer Porzellanfabrik, Zwidau i. Sa.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Mische — Winkel — Flaschen — Walzrücken usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Mische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme + Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Segeltuchschuhe mit Lebersohle und Zwickeln, billigster Fabrikarbeiter-schuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Reinschuh, schied in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei R. Meye, Weißwasser, D.-L., Schuhvertrieb.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Ver-golberei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Qualitäts-Zigarren.

z. Teil bis 50 Proz. Ermäßigung, à Stück 70, 75, 85, 100, 110, 120 P. Versand v. 50 Stk. ab in Originalkisten. Nordhäuser Landstr. 10 H. od. Rn. 1650 Mk. Universal-Versand, Hermannsdorf, S.-A.

Exp. H. 1916 — Leub. H. 1916.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art  Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage	Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Gierke, Charlottenburg, Wallstr. 22.

Heransg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Gierke, Charlottenburg, Wallstr. 22.